

# Rat will überall Schulleitungs-Modell

Die Regierung soll ein Gesetz ausarbeiten, das geleitete Schulen in allen Schaffhauser Schulgemeinden zum Standard macht. Das hat der Kantonsrat entschieden. In Volksabstimmungen war das Modell stets gescheitert.

## Mark Liebenberg

SCHAFFHAUSEN. Die Diskussionen um geleitete Schulen sind im Kanton Schaffhausen wieder entbrannt. Gestern hat das Kantonsparlament mit 32 zu 19 Stimmen die Regierung beauftragt, ein Gesetz auszuarbeiten, das die flächendeckende Einführung des Schulleitungs-Modells vorsieht. Dieses kommt anschliessend wieder in den Rat. Und möglicherweise vors Volk.

Wieder vors Volk, um genau zu sein. Denn die kantonale Stimmbevölkerung hat das Ansinnen vor sieben Jahren abgelehnt. Daraufhin haben mehrere Gemeinden aus eigener Initiative und aus eigener finanzieller Kraft Schulleitungen eingeführt – andere waren bei einem Vorsteher-Modell geblieben, unter anderem die Stadt, nachdem sich die Stimmbevölkerung hier schon 2010 gegen Schulleitungen ausgesprochen hat. Der Unterschied: Ein

«Wir sind der einzige Kanton, der die Schule unter Denkmalschutz stellt.»

René Schmidt  
Kantonsrat Grünliberale

Schulleiter hat mehr Kompetenzen und Führungsverantwortung, während im Vorsteher-Modell sich ein Vorsteher und die Schulbehörde die Aufgaben teilen, namentlich Lehrerqualifikation und die Erstellung einer Strategie und eines Schulprogramms.

## SVP: Gemeinden sollen wählen können

Die Befürworter des Schulleiter-Modells sehen den Zeitpunkt für einen Systemwechsel gekommen. René Schmidt (GLP, Schaffhausen), der die Motion eingereicht hatte, sagt: «Die Vorteile liegen klar auf der Hand. Und viele Gemeinden können nun schon auf gute Erfahrungen zurückblicken.» Das Fehlen einer kantonalen Regelung führe zu uneinheitlichen Vorgaben und Anstellungsbedingungen – hier tue eine kantonale Vereinheitlichung Not. Ausserdem würde ein kantonales Gesetz beinhalten, dass sich der Kanton in Zukunft finanziell beteiligt.

Ausserdem sei Schaffhausen nationales Schusslicht. Schmidt: «Schaffhausen ist der einzige verbleibende Kanton im Land, der die Schule unter Denkmalschutz stellt.»

Erziehungsdirektor Christian Amsler begrüsst die Überweisung der Motion. «Die Ausgangslage hat sich in den letzten Jahren geändert. Die Vielfalt erschwert die Zusammenarbeit in vielen Punkten.» Mittlerweile sei klar, dass das Schulleitungsmodell der Schlüssel für eine gute Schulentwicklung vor Ort sei.

Widerstand kam von bürgerlicher Seite. Es sei nicht nötig, den Gemeinden etwas aufzuzwingen, jede Schulgemeinde könne heute schon entscheiden, welches Modell für sie besser passe, hiess es dort. SVP-Kantonsrat Pentti Aellig sagte, der Zwang nehme auf lokale Bedürfnisse keine Rücksicht und führe zu mehr Bildungsbürokratie auf Kosten der Lehrpersonen. Er kündigte an, gegen das Gesetz abermals das Referendum zu ergreifen. / 15

# Der Rat will Schulleitungen überall

Schulleitungen will der Kantonsrat künftig flächendeckend und beauftragt die Regierung, ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten. Das Volk hatte 2012 noch Nein dazu gesagt. Die Gegner sprechen von Zwängerei.

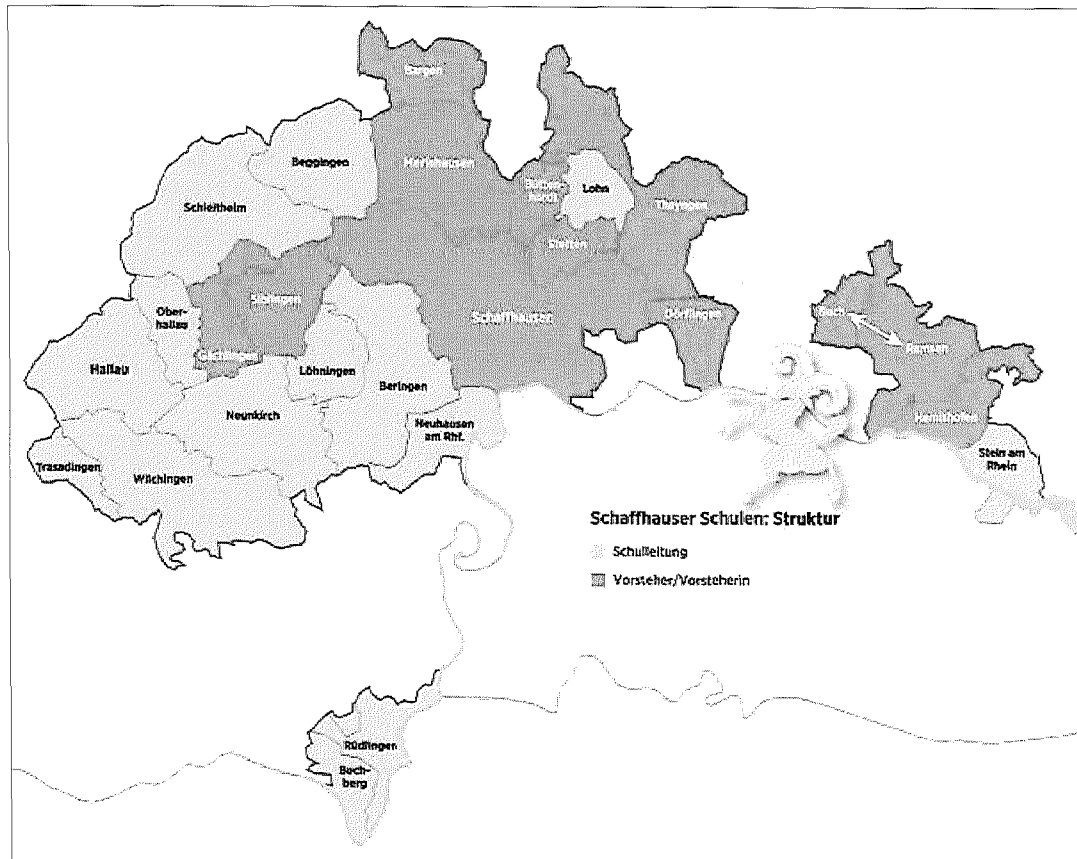
Mark Liebenberg

Sieben Jahre ist es her, seit das Schaffhauser Stimmvolk die Einführung von geleiteten Schulen auf kantonaler Ebene verworfen hat. Gestern nun hat das Kantonsparlament mit 32 gegen 19 Stimmen der Regierung den Auftrag erteilt, ein Gesetz zur flächendeckenden Einführung des Schulleitermodells auszuarbeiten und im Rat erneut zur Abstimmung vorzulegen. Ein so lautender Vorstoss von René Schmidt (GLP, Schaffhausen) führte gestern zu einer ausführlichen Debatte im Kantonsrat.

Denn viele Gemeinden sind seit der verlorenen Abstimmung nicht untätig geblieben, und haben Schulleitungen auf eigene Faust eingeführt. Andere kennen ein Schulvorsteher-Modell – etwa die Stadt, wo die Bevölkerung an der Urne die Schulleitungen schon im Jahr 2010 ebenfalls deutlich verworfen hat. Oder aber die Gemeinde blieb ohne Schulleiter. Jetzt soll aber der Kanton neue gesetzliche Regelungen erlassen und das Modell so automatisch in allen Schulhäusern Pflicht werden. Und die Regierung soll darlegen, wie der Kanton die Schulleitungen mitfinanziert.

Die Zeit sei reif, sagten die Befürworter der Kantonslösung. René Schmidt meinte: «Viele Schaffhauser Gemeinden haben ihre Schulstrukturen mit dem Schulleitungsmodell erfolgreich neu geordnet, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Vorteile liegen auf der Hand.» Er erwähnte die komplexer gewordene Personalführung, die Erstellung eines Schulprogramms, die Förderung einer guten Schulhauskultur oder die gestiegenen Herausforderungen als Anlaufstelle für Eltern, welche ein Schulleiter besser als die Schulbehörden wahrnehmen könne.

Klare Führungsstrukturen brauche es auch an der Schule, sagte Diego Faccani (FDP, Schaffhausen). «Es braucht klare Kompetenzregelungen, es braucht einen Chef.» Katrin Huber (SP, Schaffhausen), auch Stadtschulratspräsidentin, sagte, nach sieben Jahren brauche es eine Korrektur. «Schaffhausen ist der letzte Mohikaner, restlos alle anderen Kantone haben mittlerweile Schulleitungen eingeführt.» Diese seien heute unerlässlich für die administrative Entlastung der Lehrpersonen, was im Zuge der Einführung des Lehrplans 21 noch wichtiger werde. «Ich sehe täglich, wie die Vorsteher am Anschlag laufen.» Das Fehlen einer kantonalen Regelung habe ausserdem



Von den 25 Schulgemeinden im Kanton (Buch und Ramsen bilden eine gemeinsame) arbeiten elf mit Schulvorstehern. Darunter ist die grösste Schulgemeinde im Kanton, die Stadt Schaffhausen.

BILD: SN-GRAFIK/QUELLE: ERZIEHUNGSDEPARTEMENT SH

die unerwünschte Folge, dass die Entlöhnung der Schulleiterfunktion in den Gemeinden total unterschiedlich ausfällt. «Homogene Strukturen sind gefragt, kein Flickenteppich» sagte Marco Passafaro (SP, Thayngen).

## SVP kündigt Referendum an

Es gehe aber gar nicht darum ob das Modell Schulleitungen gut oder schlecht sei, sagten die Gegner aus dem bürgerlichen Lager. Im Sinne des Föderalismus sollten indes die Gemeinden selber entscheiden können, was für sie stimmt, meinte Marcel Montanari (JFSH, Thayngen). «Es gibt keine Notwendigkeit, sich über die Entscheidungskompetenz der Gemeinden hinwegzusetzen.» Pentti Aellig (SVP,

Dörfliingen) sieht im flächendeckenden Zwang zum Schulleitermodell vor allem eins: «Einen weiteren Versuch, die Bildungsbürokratie zu lasten der Lehrpersonen zu verstärken.» Die Mitfinanzierung durch den Kanton führe zu «systemrelevanter Abhängigkeit.» Bei der Kesb sehe man die negativen Folgen solcher Bestrebungen. Seine Partei werde mit Sicherheit das Referendum ergreifen, so Aellig.

Für harsche Kritik sorgte ein Vergleich Aelligs. «Bei «flächendeckend» bekomme ich immer Gänsehaut, das erinnert mich eher an den flächendeckenden Einsatz des Giftgases Agent Orange im Vietnamkrieg», sagte dieser. Ratspräsident Andreas Frei rügte Aellig umgehend für den «absolut unpassenden Vergleich.»

14

**Schulgemeinden** von 25 im Kanton haben bereits ein Schulleitungsmodell. Elf haben Schulvorsteher.